

Betreff: Antrag auf Beteiligung an der Rechtssache C-211/2024

Sehr geehrter Bundesminister Herr Marco Buschmann,

Als Mitglied der deutschen Bauspielzeug-Community möchte ich auf das Vorabentscheidungsverfahren Nr. C-211/2024 hinweisen, das derzeit beim Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) anhängig ist. Dieses Verfahren wurde vom ungarischen IP-Gericht erster Instanz initiiert und betrifft die Auslegung bestimmter Bestimmungen der Gemeinschaftsgeschmacksmusterverordnung. Im Fokus steht die Community Design Rights (CDR) der LEGO Group, die etwa 250 CDRs beim Europäischen Amt für geistiges Eigentum (EUIPO) registriert hat.

Der Fall bezieht sich auf ein oder zwei Bausteine in der Verpackung eines Klemmbaustein-Spielzeugsets, das aus Tausenden von Teilen besteht und angeblich gegen eine der 250 CDRs von LEGO verstößt. Dies könnte zu einem Verbot der Einfuhr, des Vertriebs oder Verkaufs des gesamten Sets sowie zu Beschränkungen für Konkurrenzprodukte in Deutschland und der EU führen. Diese Situation stellt ein erhebliches Problem für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Verbraucher dar, die versuchen, Konkurrenzprodukte zu niedrigeren Preisen anzubieten oder zu erwerben.

Als informierter Nutzer von Klemmbaustein-Spielzeugen möchte ich meine Sichtweise zu den im Vorabentscheidungsverfahren aufgeworfenen Fragen äußern. Zur ersten Frage: Aufgrund des hochtechnischen Charakters von Konstruktionsspielzeugen sind bereits kleine Unterschiede zwischen CDRs und den Bausteinen konkurrierender Hersteller ausreichend, um einen anderen Gesamteindruck zu erwecken. In solchen Fällen können informierte Verbraucher die Bausteine von LEGO und anderen Herstellern unterscheiden.

Zur zweiten Frage: Das Verbot oder die Einschränkung des Vertriebs und Verkaufs komplexer Konstruktionsspielzeugmodelle basierend auf CDRs für eine Handvoll Bausteine ist unverhältnismäßig und schadet dem fairen Wettbewerb sowie dem Verbraucherwohl. Dies stellt eine Hürde für den Verkauf von Bauspielzeug dar, das ein modulares System verwendet, das gemeinfrei und für alle zugänglich sein sollte. Die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen bedürfen dringend der Klärung.

KMU und Verbraucher haben nicht die notwendigen Ressourcen, um sich gegen die CDR-basierten Anfechtungen von LEGO zu verteidigen oder diese vor dem EUIPO oder den zuständigen Gerichten

anzufechten. Zudem besteht die Gefahr, dass LEGO durch die CDRs seine abgelaufenen Patente unrechtmäßig verlängert und so seine Marktstellung stärkt.

Ich fordere das Bundesministerium der Justiz nachdrücklich auf, im Namen der Bundesrepublik Deutschland am Vorabentscheidungsverfahren teilzunehmen und die oben genannten Positionen deutscher KMU und Verbraucher zu vertreten.

Hochachtungsvoll

Herr Christoph Mainusch